

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Erschienen in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger/Harald Schoen (Hrsg.), Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München: C. H. Beck, 2006, 7-12.

Sind wir ein Volk? Die Deutschen und die Einheit in den Köpfen

„Deutschland einig Vaterland!“ Diese Forderung ostdeutscher Demonstranten aus den Wendemonaten der Jahre 1989 und 1990 bestimmt die deutsche Politik bis heute. Die staatliche Einheit konnte in einem diplomatischen Parforceritt bereits 1990 erreicht werden. Seitdem ist die so genannte „innere Einheit“ in das Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt. Sie umfasst zum einen materielle Fragen. Wem käme nicht sofort die Zielsetzung in den Sinn, in Ost und West gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Sie ist seit anderthalb Jahrzehnten Auftrag und Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Zum anderen umfasst die innere Einheit mentale Fragen. Sind die Deutschen in ihren Vorstellungen von Gesellschaft und Staat, Parteien und Politikern vereint, oder leben sie in einem Staat, aber in unterschiedlichen Vorstellungswelten? Fühlen sie sich als ein Volk oder als „Ossis“ und „Wessis“, die gezwungenermaßen zusammenleben? Ist die „Mauer in den Köpfen“ anderthalb Jahrzehnte nach der staatlichen Vereinigung abgetragen, oder ist sie heute höher denn je? Wie wichtig die „Einheit in den Köpfen“ ist, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, wie häufig sich Bürger und Politiker, Journalisten und Literaten mit dieser Frage beschäftigen. Festreden zum Nationalfeiertag sind ohne dieses Thema praktisch undenkbar, in unzähligen Parlamentsdebatten, Leitartikeln, Fernseh- und Hörfunksendungen, Feuilletons und Leserbriefen wurde darüber geschrieben, gesprochen und gestritten.

Auf diese Weise ist ein facettenreiches Bild von der mentalen Einheit in Deutschland entstanden. Fraglich ist jedoch, inwieweit dieses Bild die Realität zutreffend widerspiegelt. Denn Beiträge in politischen Diskussionen dienen nicht immer vordringlich dazu, zu einer sachlichen Bestandsaufnahme beizutragen. Vielmehr zielen sie häufig darauf ab, um Unterstützung für einen Standpunkt zu werben. Ausschnitte der Realität, die diesen fragwürdig erscheinen lassen, werden dabei gerne ausgeblendet, während zur eigenen Position passende Informationen in den Vordergrund gerückt werden. Im günstigsten Fall könnte trotz dieser Einseitigkeiten und Verzerrungen der einzelnen Beiträge in der Zusammenschau eine zutreffende Beschreibung der Realität resultieren. Doch dazu kommt es nicht zwangsläufig. Ebenso gut können blinde Flecke entstehen, die dazu führen, dass sich die Gesellschaft ein falsches Bild von sich selbst macht. Es liegt auf der Hand, dass dies gravierende nachteilige Folgen haben kann. Mit dem vorliegenden Band wollen wir daher einen Beitrag leisten, solche blinde Flecke zu vermeiden. Dazu untersuchen wir auf der Grundlage vielfältigen empirischen Materials, ob Ost- und Westdeutsche nicht nur in einem Staat leben, sondern in ihren Köpfen auch tatsächlich ein Volk sind.

In der Diskussion über die „Einheit in den Köpfen“ kann nicht nur ein Mangel an empirischen Informationen Verzerrungen entstehen lassen, auch die gewählten Blickwinkel können dazu beitragen. Mögen sie auch in anderen Fragen uneins sein, so gehen viele Politiker, Journalisten, Literaten und Bürger in der Diskussion über die „Einheit in den Köpfen“ geradezu selbstverständlich davon aus, dass der Weg zur inneren Einheit nach Westen führe: Sie werde erreicht, indem sich die Ostdeutschen westdeutschen Mustern annäherten. Diese Sichtweise ist erklärbar. Auf wirtschaftlichem Gebiet gilt das westdeutsche Niveau seit der Vereinigung als Maßstab, an dem der „Aufschwung Ost“ gemessen wird. Warum sollte dieser Maßstab nicht auch auf anderen Gebieten angewandt werden? Zudem traten die neuen Länder der Bundesrepublik bei und übernahmen auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens westdeutsche Institutionen; der grüne Pfeil an Verkehrsampeln ist eines der wenigen Gegenbeispiele. Wenn man die gleichen Regeln wie in Westdeutschland einführt, ergibt sich die Frage, ob die Ostdeutschen mit der Zeit ähnlich denken und handeln wie die Westdeutschen, beinahe von selbst. Gerade auf politischem Gebiet kann man es sogar für geboten halten, dass sich die Ostdeutschen an westdeutschen Vorbildern orientieren. Mit der Bundesrepublik wurde erstmals auf deutschem Boden eine Demokratie etabliert, die sich stabiler Unterstützung seitens ihrer Bürger erfreut. Mit der Wiedervereinigung schien sich den Ostdeutschen die Chance zu bieten, ihren westdeutschen Landsleuten auf dem „langen Weg nach Westen“ (Heinrich August Winkler) zu Freiheit und Demokratie zu folgen. Freilich ändern Menschen ihre Mentalitäten und Orientierungen nicht, nur weil es wünschenswert ist. Dies weist darauf hin, dass die gängige Sichtweise auf West- und Ostdeutsche den Blick unnötig verengt. Ostdeutsche könnten sich tatsächlich in ihren Orientierungen westdeutschen Mustern annähern. Aber auch eine Annäherung westdeutscher an ostdeutsche Muster ist nicht ausgeschlossen. Und warum sollten nicht Ost- und Westdeutsche ihre Vorstellungen ändern, wenn sie in einem vereinten Land mit neuen Chancen und Möglichkeiten, Problemen und Risiken leben, das mehr ist als die Summe von alter Bundesrepublik und DDR? Um es in Anlehnung an Richard von Weizsäcker zu formulieren: Warum sollten nicht Ost- und Westdeutsche dem vereinigten Deutschland beigetreten sein?

Die Frage nach der „Einheit in den Köpfen“ selbst ist voraussetzungsreicher, als häufig angenommen wird. Es ist nicht selbstverständlich, dass alle Deutschen das Gleiche zu politisch relevanten Themen denken. Das lehrt nicht zuletzt ein Blick in die deutsche Geschichte. Im wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik herrschte unter den Deutschen keineswegs Einigkeit in politische Fragen. Im Kaiserreich existierten Monarchien und Republiken nebeneinander, war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche strittig, wie

Bismarcks Kulturkampf bezeugt, und wurden Sozialisten wegen ihrer politischen Überzeugungen vom Staat verfolgt. In der Weimarer Zeit war die staatliche Einheit durch Sezessionsbestrebungen gefährdet, stellten Rechts- und Linksextremisten das politische System in Frage und brachten es schließlich zum Einsturz. Selbst in der alten Bundesrepublik, die der Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse verfassungsmäßig verpflichtet war, waren regionale Unterschiede in Lebensweisen und politischen Anschauungen unübersehbar. Man denke etwa an die herzliche Abneigung zwischen Bayern und Preußen, die aus lange vergangenen Zeiten ins 21. Jahrhundert herüberraagt. Wenn aber selbst in der alten Bundesrepublik die Anschauungen und Meinungen auseinander gingen, warum sollte dann politische Einhelligkeit im vereinten Deutschland herrschen, das zwei Gesellschaften zusammengeführt hat, die vierzig Jahre lang an der Grenze zwischen zwei ideologisch verfeindeten Militärblöcken gelebt hatten?

Auch ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus lässt eher Verschiedenartigkeit denn Einheitlichkeit als Regelfall erscheinen. Da Gesellschaften wie die schweizerische oder die britische, die italienische oder die belgische schon lange mit ganz erheblicher politischer, kultureller und ökonomischer Verschiedenartigkeit leben, ohne dass gravierende Krisen aufgetreten sind, könnte man sogar die Frage stellen, ob es überhaupt wünschenswert oder notwendig für eine Gesellschaft ist, dass ihre Mitglieder ähnliche politische Orientierungen besitzen. Zweifelsohne ist ein Konsens in grundlegenden Fragen unabdingbar. Es sollte Einigkeit darüber bestehen, wer zur politischen Gemeinschaft gehört und wo deren territorialen Grenzen liegen. Ebenfalls sollte die politische Grundordnung unstrittig sein. Dazu gehören Prinzipien wie Gewaltfreiheit, das Verhältnis von Religion und Politik, der Rechtsstaat und die Demokratie. Herrscht in diesen grundsätzlichen Fragen Dissens, ist der gesellschaftliche Frieden in Gefahr, kann es zu Abspaltungstendenzen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen. Man denke nur an die von Gewalt begleiteten separatistischen Bestrebungen in einigen spanischen Provinzen oder die jahrzehntelange Gewalt in Nordirland. Auf der Ebene von Prinzipien und Spielregeln ist Einvernehmen nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig.

Innerhalb dieses im günstigsten Fall von allen Bürgern getragenen Konsenses kann sich der gesellschaftliche Pluralismus frei entfalten. Pluralismus heißt nichts anderes, als dass verschiedene Menschen unterschiedliche Interessen und Vorstellungen von einer guten Gesellschaft und einem guten Leben haben und diese in friedlich ausgetragenem Konflikt durchzusetzen suchen. Sie können problemlos unterschiedlicher Auffassung darüber sein, wie viel Geld der Staat von den Bürgern nehmen darf. Nicht weniger Meinungsunterschiede sind

möglich bei der Frage, ob Geld in Rentenzahlungen, Altenbetreuung, Sozialhilfe oder Kinderhorte, in Kernkraftwerke, Sonnenkollektoren oder den Bergbau, in Biotechnologie, Bahntrassen, Flughäfen, Radwege oder Autobahnen, in Wohnungsbauförderung, Deiche zum Hochwasserschutz, Panzer, Kampfflugzeuge oder Agrarsubventionen fließen soll. Die Bürger können darüber streiten, wie die Migrationspolitik aussehen soll, welche Rauschmittel erlaubt sein sollen, auf welcher Straßenseite Autos fahren sollen, ab welchem Alter man wählen darf, wie hoch Emissionsgrenzwerte liegen und welche Missionen die Streitkräfte übernehmen sollen. Die Auffassungen können darüber auseinander gehen, wer der geeignete Regierungschef ist und wie viele Mitglieder das Parlament umfassen soll. Solange Einigkeit über die Spielregeln des Konfliktaustrags herrscht, sind solche Meinungsverschiedenheiten grundsätzlich unproblematisch.

Allerdings kann der Meinungskampf auf die Akzeptanz der Spielregeln zurückwirken. Einige Bürger könnten im Laufe der Zeit den Eindruck gewinnen, dass sie mit ihren Interessen und Vorschlägen stets den Kürzeren zieht. Aus einem Gefühl der Benachteiligung heraus könnten diese Menschen allmählich die Fairness der Spielregeln anzweifeln und sich fragen, ob sie gleichberechtigte Bürger sind. Sie könnten das demokratische System ablehnen, Parteien unterstützen, die für einen Umsturz oder eine Abspaltung eintreten. Verschiedenartigkeit in den politischen Orientierungen könnte in diesem Fall den inneren Frieden und die staatliche Einheit gefährden. Einheitliche Auffassungen garantieren freilich nicht unbedingt inneren Frieden und die Stabilität der politischen Ordnung. Beispielsweise könnten durchaus alle Bürger sich in der Ablehnung der demokratischen Spielregeln einig sein, etwa weil sie ihre Interessen von Politikern und Parteien nicht angemessen vertreten wähnen und diesen egoistische Fehlentscheidungen vorwerfen.

Wie diese skizzenhaften Überlegungen zeigen, ist die Rolle von Einheitlichkeit und Verschiedenartigkeit politischer Orientierungen wesentlich vielschichtiger, als es manche Diskussion über die innere Einheit Deutschlands vermuten lassen könnte. Es kommt auf eine wohl austarierte Mischung aus Konsens und Konflikt an. Es lohnt sich daher, genau hinzusehen, worin sich Ost- und Westdeutsche einig sind und worüber ihre Auffassungen auseinander gehen.

Der vorliegende Band versammelt Analysen zu politischen Orientierungen und Verhaltensweisen von Ost- und Westdeutschen seit der Wiedervereinigung. Die Beiträge stützen sich auf vielfältiges Datenmaterial. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Umfragedaten, die ganz wesentlich aus dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten

im vereinigten Deutschland“ stammen. Eine Besonderheit bilden dabei Daten aus einer Wiederholungsbefragung, in der ein und dieselben Personen 1994, 1998 und 2002 nach ihren politischen Orientierungen und Verhaltensweisen gefragt wurden. Diese in Deutschland einmalige Datengrundlage bildet eine wichtige Ergänzung zu den gängigen Befragungen von Bevölkerungsstichproben zu einem Zeitpunkt. Denn sie erlaubt wichtige Erkenntnisse darüber, wie stabil politische Orientierungen und Verhaltensweisen bei Ost- und Westdeutschen über mehrere Jahre hinweg sind. In ihrer Gesamtheit erlauben die Analysen eine differenzierte und empirisch breit fundierte Antwort auf die Frage, wie es 15 Jahre nach der Vereinigung um die „Einheit in den Köpfen“ bestellt ist.

Die Beiträge decken ein breites Spektrum politischer Orientierungen ab. Katja Neller untersucht in ihrem Beitrag, inwieweit die Deutschen eine gesamtdeutsche Identität entwickelt haben oder West- und Ostdeutsche einander als „Ossis“ bzw. „Wessis“ beargwöhnen. Auf die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Einstellungen zu Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat geht Eva Wenzel ein. Die Haltung der Deutschen zur Demokratie und politischen Institutionen thematisiert Kerstin Völkl. In ihrem Beitrag zu politischem Extremismus untersuchen Harald Schoen und Siegfried Bühler, wie verbreitet politische Orientierungen und Verhaltensweisen sind, die grundlegende Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates in Frage stellen. Die Einstellungen zu den politischen Parteien als wichtigen kollektiven Akteuren in der bundesdeutschen Demokratie betrachtet Hans Rattinger. Welche Rolle in der Politik sich Ost- und Westdeutsche selbst zuschreiben, untersucht Oscar W. Gabriel. Harald Schoen und Roland Abold analysieren das Wahlverhalten im vereinigten Deutschland. Jürgen Maier geht auf die Personalisierung der Politik in der Darstellung durch Parteien und Medien und in der Wahrnehmung und im Wahlverhalten der Bürger ein. Kai Arzheimer schließlich analysiert, inwieweit die Hoffnung berechtigt ist, dass der Generationswechsel wesentlich dazu beitragen werde, dass einheitliche politische Vorstellungen entstehen. Den Autoren sei an dieser Stelle für die gute und geduldige Zusammenarbeit gedankt. Nicht zuletzt möchten wir uns bei Claudia Althaus vom Verlag C.H. Beck bedanken, die mit ihren wertvollen Anregungen wesentlich zur pünktlichen Fertigstellung des Bandes beigetragen hat.

Im November 2005

Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und Harald Schoen